

Wie geht die Hochrüstung in der BRD mit dem Abbau demokratischer Rechte einher?

- **Verschärfung kapitalistischer Widersprüche**
- **Starker Widerstand gegen die Raketenpläne**
- **Das Gerede vom Rechtsstaat ist Demagogie**

Die reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des internationalen Monopolkapitals, vor allem die der USA, versuchen die von der sozialistischen Staatengemeinschaft ausgehende und von den Friedenskräften in aller Welt unterstützte Politik des Friedens und der Entspannung zu durchkreuzen. Sie sind zum Kurs der Konfrontation und der Hochrüstung übergegangen. Skrupellos setzen sie die finanziellen Mittel für die Rüstungs- und Raketenpolitik durch die Beschneidung der Sozialausgaben für die Werktätigen frei. Das führt zu einer Zuspitzung sozialer Konflikte, auf die der Imperialismus mit dem Ausbau seines Machtapparates und dem Abbau demokratischer Rechte reagiert.

Dazu kommt, daß sich immer mehr Werktätige in den imperialistischen Ländern gegen die vom Imperialismus forcierte Verwandlung der Welt in ein atomares Pulverfaß zur Wehr setzen. Vor allem der Ausbau westeuropäischer Länder in eine Startrampe US-amerikanischer Mittelstreckenraketen stößt in den kapitalistischen Ländern, und in ganz besonderem Maße in der BRD, auf wachsenden Widerstand. Die von diesem Rüstungswahnsinn ausgehende Bedrohung für den Frieden und die Existenz des Lebens haben zu einem in der Nachkriegsgeschichte beispiellosen Zusammenprall der Profo-

und Machtinteressen der aggressivsten Teile des Monopolkapitals mit den Lebensinteressen breiter Schichten der Bevölkerung geführt.

Mit machtvollen Demonstrationen und Kundgebungen, mit Warnstreiks und mit anderen Mitteln demokratischen Protests haben Millionen Werktätige in der BRD zu verstehen gegeben, daß sie keine USA-Raketen wollen. Ihre Forderung ist, kein Geld mehr in die Hochrüstung zu stecken.

Es soll für friedliche Zwecke, z. B. für die Beseitigung der Arbeits-

Brutale Angriffe auf die Friedensbewegung

Der Friedensbewegung wird von den mit den aggressivsten Kreisen des USA-Imperialismus eng verbündeten reaktionären Kräften des BRD-Monopolkapitals und ihren Handlangern das Recht auf Widerstand gegen die Raketenstationierung und damit auf die Verteidigung ihrer ureigensten Lebensinteressen abgesprochen. Das erfolgt trotz der Tatsache, daß die NATO-Stationierungspläne selbst von bürgerlichen Politikern als verfassungswidrig bezeichnet werden. Denn sie verstoßen, wie es unlängst in einer Stellungnahme sozialdemokratischer Juristen heißt, gegen das von der Verfassung der BRD garantierte Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

losigkeit, ausgegeben werden. Durch diesen wachsenden Widerstand, durch das Erstarken einer alle Klassen und Schichten umfassenden Friedensbewegung sehen die aggressivsten imperialistischen Kreise die Realisierung ihrer Raketenpläne gefährdet. Darum starten sie massive Angriffe auf die von der Arbeiterklasse in vielen Jahrzehnten hart erkämpften demokratischen Rechte und Freiheiten. So wird das Demonstrations-, Versammlungs- und Streikrecht eingeschränkt. Gesinnungsschnüffelei, der verstärkte Einsatz direkter staatlicher Gewalt und andere Methoden politischer Repressionen nehmen zu. Mit politischen Verleumdungen und Bedrohungen soll der Widerstand gegen den friedensgefährdenden Kurs der Hochrüstung und Konfrontation gebrochen werden.

Sie verletzen die Souveränität der Bundesrepublik und das Verfassungsgebot der Friedensstaatlichkeit.

Die aggressivsten Kreise des Imperialismus wollen, wie das auch ihre Verhandlungstaktik in Genf beweist, die Stationierung der atomaren USA-Mittelstreckenraketen um jeden Preis. Darum diskriminieren sie die Friedensbewegung und unternehmen große Anstrengung zu ihrer Spaltung. Dazu wird eine Atmosphäre der Angst, der Einschüchterung und der Gewalt geschaffen. Kein Bürger, so formulierten es BRD-Politiker selbst, soll es mehr wagen, für eine von der Regierungspolitik abweichende politische Meinung auf die Straße zu gehen.